

VOLKS BLATT | SPLITTER

Explosion in Moskau

MOSKAU – Bei einer Explosion neben einer Bushaltestelle in Moskau sind am Dienstagabend vier Menschen verletzt worden. Nach ersten Ermittlungen habe es sich um einen Bombenanschlag gehandelt, teilten die Moskauer Sicherheitsbehörden mit. Eines der Opfer wurde den Angaben zufolge schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Der Vorfall werde als Sabotageakt behandelt, sagte der Sprecher der Moskauer Polizei, Kirill Masurin, dem Fernsehsender NTV. (AP)

Roberts will Drehpause

NEW YORK – Die mit Zwillingen schwangere Schauspielerinnen Julia Roberts will eine Auszeit in Hollywood nehmen. «Ich habe keine Pläne», sagte sie dem Magazin «Newsweek». «Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie dick ich in den kommenden drei Monaten noch werde. Ich werde es einfach nehmen, wie es kommt. Das darf ich doch, oder?» Roberts erwartet Anfang kommenden Jahres einen Jungen und ein Mädchen. (AP)

Garner gegen Vergleich



HAMBURG – Schauspielerinnen Jennifer Garner reagiert nicht gerade erfreut darauf, dass sie neuerdings als die neue Julia Roberts gehandelt wird. Die 30-jährige Amerikanerin, Star der TV-Serie «Alias», sagte in einem Interview der Programmzeitschrift «TV Spielfilm»: «Für mich ist es sehr wichtig, dass solche Dinge, solche Vergleiche, nichts mit mir zu tun haben.» (AP)

Jackson-Prozess

SANTA MARIA – Im Prozess gegen Michael Jackson hat der Richter vorläufig zahlreiche auf der Ranch des Popstars sicher gestellte Beweisstücke zugelassen. Gerichtsunterlagen zufolge handelt es sich dabei um mehrere Computer und Disketten sowie eine Musikkassette mit einer Kinderstimme. Die Gegenstände hatten die Ermittler bei der Durchsuchung der Neverland-Ranch in einem Safe in Jacksons Badezimmer entdeckt. (AP)

Bobby droht Schachmatt

TOKIO – Schachgenie Bobby Fischer droht im Kampf gegen seine Auslieferung an die USA das Schachmatt: Japan hat den Antrag auf politisches Asyl abgelehnt. Das Justizministerium in Tokio habe das Ersuchen zurückgewiesen, weil die Anklagen gegen Fischer in den USA nicht politischer Natur seien, erklärte der Präsident des «Komitees zur Befreiung Bobby Fischers», John Bosnitch. (sda)

Guantánamo Militärtribunal

Anhörung vor Militärkommission – Bin Ladens Chauffeur droht lebenslange Haft

GUANTÁNAMO BAY – Mehr als zweieinhalb Jahre nach der Einrichtung des Hochsicherheitsgefängnisses in Guantánamo Bay hat die US-Armee das erste Verfahren vor einer so genannten Militärkommission eingeleitet.

Auf der Marinebasis auf Kuba wurde am Dienstag ein unter Terrorverdacht stehender Jemenit den fünf Offizieren des Sondertribunals vorgeführt. Der 34-jährige Salim Ahmed Hamdan war vormals Fahrer von El-Kaida-Chef Osama bin Laden. In dem Vorverfahren gegen Hamdan sollten zunächst vor allem Formalitäten geregelt werden. Ein Termin für das Hauptverfahren gegen den Jemeniten stand noch nicht fest. In den nächsten Tagen sollen ausserdem ein Australier, ein weiterer Jemenit sowie ein Sudanese von der Militärkommission angehört werden.

Todesstrafe möglich

Es ist das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass diese Sonderform eines Militärtribunals tagt. Hamdan, der in traditioneller moslemischer Kleidung, aber mit westlicher Jacke, zu der Anhörung erschien, wurde Ende 2001 in Afghanistan festgenommen. Die Ankläger werfen ihm vor, an Terrorkomplotten des El-Kaida-Netz-



Am vergangenen Sonntag wurden den Medien die Räumlichkeiten präsentiert, wo das US-Militärtribunal in Guantánamo Bay während der Verhandlungen tagt.

werks beteiligt gewesen zu sein. Der 34-Jährige bestreitet dies. Er hat lediglich zugegeben, der Chauffeur Bin Ladens gewesen zu sein.

Die Militärkommissionen dürfen die Todesstrafe verhängen. Allerdings haben die US-Behörden zugesagt, dass dies zumindest in den Fällen der ersten vier Ange-

klagten nicht geschehen soll. Den vier Männern droht aber lebenslange Haft. Das Pentagon hat den Angeklagten faire Verfahren zugesichert. So solle in den Verfahren die Unschuldsvermutung gelten, und die Angeklagten sollten das Recht auf Aussageverweigerung haben. Auch solle es nur zu einer

Verurteilung kommen, wenn die Schuld jenseits eines «begründeten Zweifels» festgestellt worden sei.

Nach Meinung von Menschenrechtsgruppen fallen die Verfahren dennoch deutlich hinter die internationalen Standards zurück.

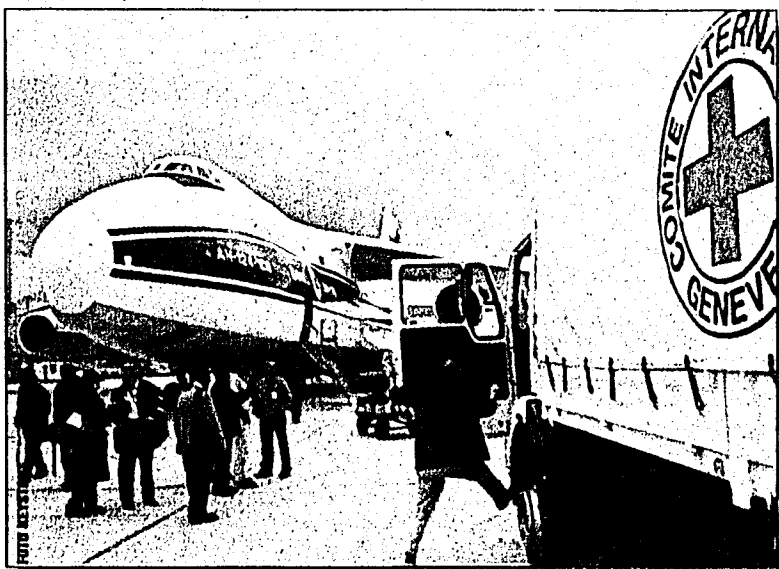
(sda/aifp/dpa/reuters)

Mehr Schutz für Flüchtlinge gefordert

Darfur: Straw fordert besseren Flüchtlingsschutz – Rückkehrer-Abkommen

KHARTUM – Der britische Aussenminister Jack Straw hat am Dienstag die sudanesischen Regierung aufgefordert, mehr zum Schutz der Flüchtlinge in der Krisenregion Darfur zu tun. Die UNO rechnet mit der Rückkehr von Flüchtlingen frühestens ab Anfang 2005.

Beim Besuch eines Flüchtlingslagers im Norden der Region sagte Aussenminister Straw, es gebe bereits einige Fortschritte und die Lager seien offenbar relativ sicher. Zugleich zeigte er sich aber besorgt über die Situation in den umliegenden Dörfern. Viele Flüchtlinge fragten sich, ob sie sicher in ihre Heimatorte zurückkehren könn-



Das IKRK startete die grösste Luftbrücke seit dem Irakkrieg 2003. Mit sechs Flügen sollten Hilfsgüter in den Westen Sudans gebracht werden.

ten. Gemäss der internationalen Organisation für Migration (IOM), welche künftige Heimkehrer begleiten wird, könnte die Rückkehr Vertriebenen in ihre Dörfer Anfang 2005 beginnen. Zuvor müsse die Sicherheit durch die Regierung gewährleistet werden, sagte IOM-Generaldirektor Brunson McKinley am Dienstag in Genf.

Abkommen unterzeichnet

Die IOM und die Regierung Sudans unterzeichneten am Samstag in Khartum ein Abkommen für die freiwillige Rückkehr. Mitunterzeichner ist auch Manuel Aranda da Silva, stellvertretender Gesandter von UNO-Generalsekretär Kofi Annan für Sudan. (sda)

ANZEIGE

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

VOLKS
MILITE MICH FÜR 20 FRANKEN

Weitere Infos
www. .li

Profitieren Sie als VOLKSBLATT-Abonnent von Vorzugspreisen

POWERED BY VOLKSBLATT

Deiss kritisiert Blocher

Diskussionspunkt Kollegialitätsprinzip

BERN – Bundespräsident Joseph Deiss bedauert die Art und Weise, wie Justizminister Christoph Blocher die Meinung des Bundesrats zum Schengen-Dossier vertritt. Deiss will das Kollegialitätsprinzip in einer kommenden Bundesratssitzung erneut auf den Tisch bringen.

Ein Bundesrat müsse glaubwürdig die Position der Regierung vertreten, wenn diese Entscheidung einmal gefällt sei, sagte Deiss in einem Beitrag von Radio DRS vom Dienstag. Er bedauere, dass dies im Fall des Schengen-Dossiers überhaupt nicht behauptet werden könne. Jeder Bundesrat müsse die Meinung des Gesamtbundesrats

vertreten oder sonst den anderen Platz lassen. Blocher hatte sich am Samstag an der SVP-Delegiertenversammlung bei der Vorstellung des Schengen-Dossiers zwar hinter das Ja der Landesregierung gestellt, allerdings mit kritischen Untertönen. Grosse Illusionen dürfe man sich nicht machen, hatte der Justizminister gesagt.

«Ich sehe darin eine Notwendigkeit für die anderen Mitglieder des Bundesrats, sich für diese Dossiers einzusetzen», sagte Deiss weiter. Er gehe davon aus, dass beim Schengen-Dossier mehrere Departemente betroffen seien. So würden sich Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und er selbst für Schengen engagieren. (AP)

++++ Zu guter Letzt...++++

Wo liegt das Gold?

SCHAAN – Wenn man der Geschichte glauben schenken möchte, dass an den beiden Enden eines Regenbogens jeweils ein Ko-

bold eine Kiste Gold vergräbt, dann könnte man seit gestern auch in Schaan nach Gold suchen. Prätig ist der Anblick eines Regenbogens jedenfalls immer wieder.

